

Silvianer Zeitung

Er erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Freiernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen.
 Werbungspreise: Für das Inland vierteljährig Din 10.—, halbjährig Din 20.—, ganzjährig Din 40.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din —.50

Nummer 48

Donnerstag den 15. Juni 1922

4. [47.] Jahrgang

Die neun Punkte Dickinsons.

I. Resolutionen allgemeiner Natur.

Die Resolutionen, die von der Minderheitskommission der Völkerbundliga dem Prager Kongresse vorgelegt und angenommen wurden, bringen wir heute im vollen Texte. Sie lauten in deutscher Uebersetzung, wie folgt:

„In Anbetracht des Umstandes, daß in den meisten Staaten Minderheiten bestehen, welche sich von der Mehrheit der Bewohner durch Rasse, Religion und Sprache unterscheiden; daß es in anderen Ländern bedeutende Teile von Bevölkerungen von gleicher Rasse, Religion und Sprache wie dieser Minderheiten gibt und daß daher die Verhältnisse, unter denen diese Minderheiten leben, einen Charakter von internationalem Interesse aufweisen; daß es für den Frieden und die Gerechtigkeit in der Welt wichtig ist, daß alle Bruchteile von zivilisierten Gemeinwesen frei und befriedigt sind; daß bei der demokratischen Regierungsform, die heute in den meisten zivilisierten Staaten überwiegt, die Regierung in den Händen der Mehrheit des Volkes liegt und daß diese Herrschaft in einer ungerechten und den Interessen der Minderheit zuwiderlaufenden Art ausgeübt werden kann,

wird es gut sein, daß bis zu dem Zeitpunkte, wo die Versammlung des Völkerbundes ein allgemeines Übereinkommen ausgearbeitet haben wird, alle Staaten übereinstimmend die Verpflichtungen übernehmen, durch die sie allen Minderheiten der Rasse, der Sprache und der Religion zusichern, (speziell a) Garantien gegen eine jede auf Verkürzung der Minderheiten hinzuliefernde Gesetzgebung, b) eine gleiche Behandlung vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden, c) die Freiheit, ihre eigene Sprache beim Unterricht, in Ausübung der Religion, im öffentlichen und im privaten Leben zu gebrauchen, d) Achtung seitens der Mehrheit vor den Rechten und Bräuchen der Minderheit, die nicht im Gegensatz zur öffentlichen Ordnung des Staates stehen.“

II. Die Einhaltung der Verträge.

„In Anbetracht des Umstandes, daß es kein effektives Mittel gibt, die Durchführung der schon abgeschlossenen Minderheitenschutzverträge zu sichern, daß einige Staaten darauf eingegangen sind, den Völkerbund als Schlichter des Minderheitenrechtes zu betrachten, daß aber die in diesen Verträgen enthaltenen Vorbehalte (reserves) den Völkerbund in der Ausübung seiner Macht hemmen; daß der internationale Gerichtshof sich bereits konstituiert hat und daß er zuständig ist, seine Meinung über jede Frage abzugeben, die ihm seitens des Völkerbundesratens vorgelegt wird,

ist die Union der Ansicht, daß der Rat des Völkerbundes die Aufgabe habe, festzustellen, ob sie durch die Verträge auferlegten Verpflichtungen

eingehalten, daß er die Aufgabe habe, jede Nichteinhaltung der Verträge vor die Schranken des internationalen Gerichtshofes zu bringen und sein Gutachten einzuholen, ferner für den Fall, daß ein Staat es unterlassen sollte, sich gegenüber diesem Gutachten zu verantworten, dem Völkerbunde jene Verhaltensmaßnahmen vorzuschlagen, die er geeignet hält, um die Einhaltung der Verträge zu sichern.“

III. Lokale Selbstverwaltung. (Self Government Local.)

„In Anbetracht des Umstandes, daß die Prinzipien der Demokratie die loyale und allgemeine Anerkennung des Rechtes der lokalen Selbstverwaltung in sich schließen,

ist es gut, daß in den Staaten, wo die Minderheiten einer Rasse geschlossen beisammen wohnen und geschieden von den anderen in geschlossenen Gruppen beisammen leben, allen diesen Minderheiten die größtmögliche Autonomie gegeben werde, welche mit der allgemeinen öffentlichen Ordnung des Staates vereinbar ist.“

IV. Die Tätigkeit des Völkerbundes.

„In Anbetracht, daß manche Staaten darauf eingegangen sind, daß die Rechte der auf ihrem Gebiete befindlichen Minderheiten durch den Völkerbund garantiert werden; daß es wichtig ist, daß die Klagen der Minderheiten direkt an den Völkerbund gerichtet werden können durch die Vertreter dieser Minderheiten selbst, und, daß sie seitens des Völkerbundes zum Gegenstand einer schnellen tatsächlichen Überprüfung gemacht werden sollen,

wird der Präsident der Union aufgefordert, dem Rat der Völkerbundligen einen Antrag auf Ernennung einer ständigen Kommission vorzuschlagen, um, wenn es notwendig ist, an Ort und Stelle Nachforschungen über die Klagen der Minderheiten anzustellen und darüber Bericht zu erstatten.“

V. Bericht über die Minderheiten.

„In Anbetracht dessen, daß es wichtig ist, daß die Völkerbundversammlung in ihrer nächsten Septembertagung über die Minderheitenfrage diskutiere; daß eine beträchtliche Reihe von Beschwerdeschriften der Minderheiten beim Völkerbundesrat sich schon gesammelt hat,

hält es die Union für wünschenswert, daß ein eingehender Bericht über den Gesamtkomplex dieser Fragen vorbereitet werde und daß die Möglichkeit geboten werde, über diesen Bericht schon in der Septembertagung zu verhandeln.“

VI. Offizielle Sprache.

„In Anbetracht dessen, daß eine große Zahl von Minderheiten sich darüber beschwert, daß infolge der Einführung einer allgemein verbindlichen Staatssprache ihre Sprache vernachlässigt werde,

daß die Erfahrung in der Schweiz und auch in anderen Ländern gezeigt hat, daß die Annahme mehrerer offizieller Sprachen nicht unvereinbar ist mit einer geordneten Führung der öffentlichen Angelegenheiten,

ist es wünschenswert, daß in den Staaten, wo sprachliche Minderheiten einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachen, die Sprachen dieser Minderheiten bei allen offiziellen Akten konkurrierend mit der Staatssprache angewendet werden. In jenen Gegenden, wo es nur Minderheitensplitter gibt, ist es wichtig, daß die Sprache dieser Minderheiten für alle Verhandlungen und Verlautbarungen offiziellen Charakters verwendet werde.“

VII. Unterricht.

„In Anbetracht dessen, daß die Weigerung, den Kindern in ihrer Muttersprache Unterricht erteilen zu lassen, eine allgemeine Unzufriedenheit und lebhafteste Erregung unter den Minderheiten hervorruft,

ist es überaus wünschenswert, daß die Staaten darin übereinkommen, daß in allen Schulen, wo dies praktisch durchführbar ist, den Kindern der Unterricht in ihrer Muttersprache erteilt werde.“

VIII. Der Geist, in dem die Verträge angewendet werden sollen.

„In Anbetracht, daß ein großes Interesse besteht, daß friedliche Beziehungen zwischen den Minderheiten und der Mehrheit der Bevölkerung in einem bestimmten Lande herrschen; daß die Erweckung sehr gefährlicher Rache- und Revanchegefühle vermieden werde,

ist es wichtig, daß die Bestimmungen der Verträge, welche das Minderheitenrecht regeln, mit aller erdenklichen Großherzigkeit, Entgegenkommen und Mäßigung gehandhabt werden.“

Die neunte Resolution

wendet sich in scharfen Worten gegen die Verfolgungen der Minderheiten in Kleinasien.

Der Kampf um die Rechte der Minderheiten in Prag.

Da die Prager Tagung der Völkerbundligen von so großer Wichtigkeit für die völkischen Minderheiten aller Staaten wurde, soll im folgenden aus Prager Berichten das Bild des letzten Tages der Konferenz, eines Kampftages für das Recht der Minderheiten, zusammengestellt werden.

Nach Erledigung der sachlichen Arbeiten des Kongresses erschien um 6 Uhr abends des 7. Juni der tschechische Hauptdelegierte Senator Brabec wieder im Prager Rathhause, wo bekanntlich der Kongress tagte. Die Delegierten strömten in Massen in den Saal und umringten mit großer Spannung das Präsidium. Senator Brabec bestieg die Tribüne und gab im Namen der Tschechen, Jugoslawen, Polen, Rumänen und Russen zwei Deklarationen ab. In der ersten verwehrt er sich gegen den unregelmäßigen Vorgang der Abstimmung, der den parlamentarischen Bräuchen des Landes, in dessen Hauptstadt der Kongress tagte widerspreche. Es wären zwei formale Anträge (Brabec auf Zurückstellung der Berichte und Lapradelle auf Vertagung bis zum nächsten Kongress) vorgelegen, die vor dem meritorischen Antrage Bernstorff-Lafontaine zur Abstimmung hätten gelangen sollen. „Wir verlangen“, erklärte Senator Brabec, „daß der gestrige Vorgang (bei der Annahme der Resolution) durch die Annahme des Antrages Dickinson-Brabec korrigiert werde.“ Die zweite Erklärung enthielt die bereits bekannte Ablehnung der Dickinson'schen Resolution und die Bitte, vom Protest der Tschechen, Jugoslawen, Polen, Rumänen und Russen das Hauptsekretariat des Völkerbundes in Genf zu benachrichtigen.

Als Brabec die Rednertribüne verließ, erhoben sich stürmische Protestrufe. Die Italiener riefen ihm nach, er solle wenigstens die Courage haben, auch die Gegengründe sich anzuhören. Senator Brabec verließ aber nichtsdestoweniger den Saal. Eigentümlich war das Verhalten der Polen. Trotzdem sie noch Schluß der Sitzung, in der die Resolution Dickinson angenommen wurde, erklärten, der jugoslawische Vertreter habe seine Vollmacht überschritten, indem er sie in den Protest miteinbezog, blieben sie am letzten Versammlungstage dennoch an der Seite der Vertreter der kleinen Entente und erteilten Senator Brabec die Vollmacht, auch in ihrem Namen selbige beiden Deklarationen abzugeben.

Nach dem Abreten des tschechischen Hauptvertreters vertehrte sich zunächst der Schweizer Delegierte Professor Egger dagegen, daß die Schweizer Delegation die Auffassung Brabec über die Abstimmung teile. Dann schwang sich der temperamentvolle Franzose Henessy auf die Tribüne und erklärte unter dem tosenden Beifall der Versammlung, er bedauere es auf das tiefste, daß die Tschechen durch dieses Vorgehen ein Beispiel von Rebellion gegen die Grundprinzipien des Parlamentarismus gegeben hätten.

Der Vorsitzende Ruffini rechtfertigte den Abstimmungsvorgang. Er stellte nachdrücklich fest, daß er die Geschäftsordnung des italienischen Parlamentes angewendet habe und sprach — nicht ohne eine gewisse Ironie — sein Bedauern aus, die eventuell abweichenden Bestimmungen des tschechischen Parlamentes nicht zu kennen. Sensationell wirkte seine Äußerung, daß er den ganzen Vorgang mit dem Präsidenten der französischen Vereinigung, Rektor Apell, vorher besprochen habe. Senator Ruffini bat, den Antrag auf Vorlage des Protestes an den Völkerbund ohne Debatte anzunehmen, erklärte aber, daß er die zweite Forderung, nämlich die Annulierung der Abstimmung über die Resolution Dickinson nicht erfüllen könne, da er dies mit seinem juristischen und moralischen Gewissen nicht vereinbaren könne. Bei diesen Worten brach die Versammlung in einen spontanen Beifallssturm aus. „Ich läme mir als der niedrigste Präsident vor, wenn ich eine solche Zumutung annehmen würde. Im übrigen übergebe ich dem Rektor Apell das Präsidium und verlange, daß bei der Abstimmung auf mich keine Rücksicht genommen werde.“

Als Ruffini hierauf das Präsidium verließ, erhoben sich die Delegierten von den Sitzen und brachten ihm eine stürmische spontane Huldigung dar. Rektor Apell übernahm den Vorsitz und erklärte bewegt, daß er sich hinter Ruffini stelle und ihn zu allem beglückwünsche, was er getan habe. „Man mutet uns zu, unser Votum zurückzunehmen. Das ist unbillig. Wir alle sind der Meinung, daß die Abstimmung aufrechterhalten werden muß!“ Die Erklärung Apells wurde mit nicht endenwollendem Beifall aufgenommen. Als nach debatteloser Annahme des Antrages auf Verweisung des tschechischen Protestes an den Völkerbund, Ruffini wieder das Präsidium übernahm, erhob sich die Versammlung wie ein Mann, ein Beifallsorkan durchbrauste den Saal, die Delegierten schwenkten begeistert ihre Hüte und begrüßten den italienischen Senator mit frenetischem Jubel.

Ruffini hielt eine kurze Schlussrede, dankte der Stadt Prag für die erwiesene Gastfreundschaft und

damit war einer der denkwürdigsten Tage des Kampfes um das Recht völkischer Minderheiten beschlossen.

Ein steuerloses Schiff.

(Betrachtungen über die Tschechoslowakei in einem Prager Briefe.)

Hoch gehen die Wogen. Außenpolitisch steht die Tschechoslowakei durch den Vertrag von Rapallo vor einer vollständig geänderten, für sie keineswegs günstigen Lage. Noch schlimmer aber steht es innenpolitisch. Die Slowakei führt die Sprache des Aufbruchs. Die Deutschen haben sich aufgerafft und schaffen nun in Eile die Organisation des Volkes. Die Wirtschaftskrise ruht wie ein Alp auf der Brust dieses Staates, sodas er kaum atmen kann. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich von Tag zu Tag. Zu dem Heer der Arbeitslosen, das heute 350.000 ausmacht, gesellen sich die streikenden Metallarbeiter. Eines Tages, es war der 19. Mai, stand das Herz dieses Staates still. Die Arbeiterschaft hatte für Groß-Prag den Generalstreik für 24 Stunden ausgerufen. Alle Betriebe ruhten, keine Straßenbahn, keine Automobile verkehrten, die Geschäfte waren geschlossen, keine Zeitungen waren erschienen. Es war, als ob ein riesenhafter Organismus den Atem anhielte. Gewaltig war die Drohung des Proletariats. Es kam nicht nur zu einem Aufmarsch der Tausendchaften des Arbeiterheeres, sondern die Erregung der Massen machte sich in schweren Ausschreitungen Luft. Die Demonstranten waren zum überwiegenden Teil Tschechen. Die Kundgebung richtete sich gegen die Regierung, woraus hervorgeht, daß nicht nur die Minderheitsvölker, sondern auch ein gewaltiger Teil des tschechischen Staatsvolkes das bisherige Regierungssystem satt hat und eine Aenderung des ganzen Kurses wünscht. Gut die Hälfte der Demonstranten wurde von tschechischen Sozialdemokraten gestellt. Sie manifestierten also gegen eine Regierung, in der ihre eigenen Vertrauensmänner sitzen.

Hier liegt das für die politischen Verhältnisse der Tschechoslowakei so Charakteristische. Die Regierungsparteien laufen gegen die eigene Regierung Sturm. Die tschechischen Parteien der Regierungsmehrheit, ohne jedes Verantwortungs- und Pflichtgefühl, gefallen sich in einer Doppelrolle. In der Pietta errichtet man eine Neben- oder, besser gesagt, Ueberregierung. Im Parlament geht man mit der Regierung durch dick und dünn und öft durch sein Verhalten den Abstimmungsmechanismus. Zum Ueberfluß verteilt man auch noch einige Millionen Regierungsgelder, die für die Volksaufklärung bestimmt waren, unter sich, und genießt so alle Annehmlichkeiten einer Regierungspartei. Draußen aber in der Presse, in den Versammlungen, bei den Straßenkundgebungen spielt man den wilden Mann und droht derselben Regierung, die man im Parlamente stützt und in die man die eigenen Vertrauensmänner entsendet. Die Nationaldemokraten können sich nicht genug tun in der schärfsten Kritik der Regierung und ihres Erstministers. Die tschechischen Sozialdemokraten demonstrieren gegen sich selbst, wenn sie die Arbeiter auf die Straße rufen, während unter anderem ihr Habermann Minister für soziale Fürsorge und daher auch für die Lohnerabsetzungen verantwortlich ist. Versucht die Regierung, unter dem Drängen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten freiheitliche Gesetzesvorlagen einzubringen, so laufen wieder die Tschechischlerikalen Sturm. Unter solchen Verhältnissen wird man es begreiflich finden, daß die Regierung einfach fünf grade sein läßt, daß kein Mann den Mut hat, an das Steueruder zu treten, und daß schließlich das tschechische Staatsschiff steuerlos, ohne jede Orientierung dahinschaukelt, ein Spiel der Wogen, die der Sturm der Gasse emporeißt. Wir haben hierzulande, abgesehen von der Deutschenpresserei, keinen Plan, keine Vernunft, keinen Standpunkt, Stimmungen allein sind ausschlaggebend. Wer die Gasse zu mobilisieren vermag, steckt den ganzen Staat in die Tasche.

Diese gänzliche Desorientierung zeigt sich auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Auch hier zieht jeder an einem anderen Strang. Dr. Benesch ist für eine frankophile Politik. Tuszar verfißt den Gedanken eines Bündnisses mit Deutschland und Rußland. Kramarsch will von dem einen wie von dem anderen nichts wissen. Wie er innerpolitisch von einem Königreiche der Wenzelstrone träumt, so denkt er außenpolitisch an ein Bündnis aller Slawen. Mit der Liebedienerlei Frankreich gegenüber ist auch er nicht einverstanden. Der Vertrag von Rapallo stellt die Tschechoslowakei vor einen Scheideweg. Es werden immer mehr Stimmen laut, dieser Staat

könnte den Anschluß an den großen russischen Bruder veräumen. Andererseits widerstreben alle Regierungsparteien einer Fühlungnahme mit den Bolschewiken, fürchten sie doch, daß ihrem Staate in der bolschewikischen Umarmung das Rückgrat gebrochen werden könnte. Wagt man doch schon aus Angst vor den Kommunisten nicht, Wahlen auszuschreiben. Gewiß gibt es auch unter den Tschechen einsichtige Köpfe, die erkennen, daß es so nicht weitergehen dürfe. Vor allem dürfte der Präsident des Staates genau wissen, daß es ohne die Deutschen und Slowaken nicht geht und daß die Lüge vom Nationalstaate nicht aufrechterhalten werden kann. Aber wir können hier das selbe Schauspiel, wie etwa bei Lloyd George, beobachten: sie sind Gefangene ihrer eigenen Taten und Worte. Jahrzehntlang hat man das tschechische Volk auf Opposition und Negation dressiert. Jahrzehntlang gab man ihm kein anderes Brot als das des Hasses und des Neides. Sie können heute nicht, selbst wenn sie wollten, Vernunft predigen und zur Verständigung raten.

So treibt das tschechische Staatsschiff weiterhin steuerlos in der Wogen Brandung. Da jeder Apell an die Vernunft bei tschechischen Ohren ungehört bleibt, so muß auch das tschechische Volk durch die harte Schule des Lebens gehen und muß durch die Wucht unumstößlicher Tatsachen mit der Nase auf den eigenen Vorteil gestoßen werden. Ehe nicht das tschechische Volk manche Illusionen der Vergangenheit endgültig begraben hat, ehe es nicht von seinem Größenwahnsinn geheilt ist und es sich mit der Rolle bescheidet, die ihm kraft seiner Zahl, seiner Kultur und seiner Fähigkeiten zukommt, kann das tschechische Staatsschiff keinen wirklichen Kapitän finden. Ob man nun Tuszar oder Soehla in die Kapitänsuniform steckt oder Dr. Benesch darin beläßt, ist vollkommen gleichgültig, da auch sie mit einem steuerlosen Schiff nichts anfangen können. Zusammen mit den Deutschen und Slowaken ließe sich hier ein mitteleuropäischer Staat aufbauen, der sich sehen lassen könnte, der den Tschechen weiteste Entwicklungsmöglichkeit böte, in dem sie sich national ausleben könnten. Nicht nur die Schweiz, selbst Belgien und Stanland haben die Hauptpunkte des Nationalitätenproblems gelöst. Es wäre auch hier lösbar. Es mangelt nur an dem guten Willen der Tschechen, die noch immer von dem Wahn befallen sind, 3% Millionen Deutsche zu Tschechen machen oder austreiben zu können. Unterdessen lauern auf das steuerlose Schiff Klippen, an denen es zerschellen kann.

Politische Rundschau.

Inland.

Bruch zwischen Radic und Protic

Stojan Protic veröffentlicht in einer der letzten Folgen seines Blattes Radikal einen aufsehenerregenden Artikel über seine letzte Zusammenkunft mit dem kroatischen Bauernführer Radic, wobei es zu dem Bruche zwischen beiden Politikern kam. Er betont in seinem Aufsatz, daß er den kroatischen Politikern ihre Theorie von den drei Völkern vorgehalten habe, die im Widerspruche stehe zu den Ideen der besten Kroaten, und daß er das Memorandum des Blocks an die Konferenz von Genoa getadelt habe, das dem Ansehen unseres Staates nur sehr schaden, niemandem aber nützen konnte. Protic schildert den Zorn Radic's, der mit den Worten das Zimmer verlassen habe: „Leben Sie wohl, jetzt haben wir nichts mehr miteinander zu reden!“ Protic meint, Radic werde sich wieder beruhigen, was ihm (Protic) aber „alles eins“ sei.

Ausschreitungen in Zagreb.

Am Sonntag fand in Zagreb ein Sokolfest des Zagreber Sokolganes statt. Die Zagreber Bevölkerung teilte sich in zwei Lager: in das jugoslawische, das den Sokolfesttag feierlich beging, und in das separatistische, das anlässlich des Namens-tages der zwei kroatischen Führer, des Bruders des Stephan Radic Anton Radic und Dr. Ante Starcevic einen Ausflug nach Sestine veranstaltete, wo die beiden begraben liegen. Zur gleichen Zeit, als sich der Umzug der jugoslawischen Turner nach dem Marktwir in Bewegung gesetzt hatte, erfolgte der Abmarsch eines großen Zuges von kroatischen Sokolisten, der übrigen kroatischen Vereine und eines großen Teiles des Zagreber Publikums nach Sestine, wo Stephan Radic eine politische Rede hielt. Etwas später als die jugoslawischen Sokoln kehrten die Teilnehmer des Ausfluges nach Sestine in mehreren Gruppen in die Stadt zurück. Es kam dort an mehreren Stellen zu Zusammenstößen mit der Polizei, die eine Ansamm-

lung der Blockanhänger verhindern wollte. In das größte Zagreber Cafe „Korso“, aus dem ein Gast „Pui Radic!“ gerufen hatte, drang die erbitterte Menge ein und demolierte es fast vollständig. Es fielen dabei einige Schüsse. Auch auf das Vereinshaus „Kola“, wo der Sokol I seinen Festkommers abhielt, wurde ein Angriff gemacht. Die elektrische Beleuchtung wurde unterbrochen, in der Dunkelheit fielen Schüsse und die Kommersteilnehmer wurden tätlich angegriffen. Die Demonstrationen dauerten die ganze Nacht an. Bei den Schießereien und Prügeleien in den Straßen der Stadt wurden zehn Personen mehr oder weniger schwer verwundet. Die Polizei hat infolge dieser Vorfälle die Verhängung des Ausnahmezustandes angekündigt und das Tragen von Abzeichen und Waffen verboten. Von Montag ab werden um 9 Uhr abends alle Lokale gesperrt und Volksansammlungen mit Gewalt auseinander getrieben.

Eine scharfe Note an Bulgarien.

Beograder Blättermeldungen zufolge hat der jugoslawische Außenminister Dr. Ninkic am 9. Juni den bulgarischen Gesandten in Beograd, Herrn Todoroff, besucht und von ihm verlangt, die bulgarische Regierung möge unverzüglich auf den jugoslawischen Vorschlag, es möge eine gemischte Kommission zur Untersuchung der letzten Einfälle bulgarischer Komitadschis in jugoslawisches Gebiet entsendet werden, antworten. Falls Bulgarien diesen Vorschlag nicht annehme, werde die Beograder Regierung bemühigt sein, energische militärische Maßregeln in Anwendung zu bringen, um ein für allemal dem ununterbrochenen Bedrohen der jugoslawischen Grenzen durch bulgarische Banden ein Ende zu bereiten. Ein ähnliches Ultimatum soll auch die griechische Regierung aus demselben Grunde nach Sofia geschickt haben. Der Ljubljanaer Slovenc (4. Juni) ist der Ansicht, daß die Nachricht von den Einfällen bulgarischer Freischaren nur ausgesprengt werde, um Reklame für die Regierung zu machen, die sich auf Kosten des entwaffneten Bulgariens billige Vorbeerkünze um die Schlafen winden wolle. Der bulgarische Ministerpräsident Stambuliski habe mit Sowjetrußland gegen die Wrangeltruppen ein Abkommen und mit den bulgarischen Kommunisten einen Waffenstillstand geschlossen. Der Uebertritt Bulgariens auf die Seite Rußlands gehe den Rumänen und dem gegenwärtigen Regime in Jugoslawien wider den Strich, deshalb werde mit dem Säbel geräffelt und mit dem Ultimatum gedroht. — Indessen soll einer Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur zufolge Ministerpräsident Stambuliski die Forderungen der jugoslawischen Regierung angenommen haben.

Ausland.

Die Isolierung Frankreichs.

Wie wir bereits berichtet, hat die Reparationskommission in Paris gegen die einzige Stimme der Franzosen beschlossen, den Finanzausschuß der Anleihekongferenz, die gegenwärtig in Paris tagt, mitzuteilen, daß eine Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld möglich sei. Es muß dies zweifellos als bedeutungsvoller Fortschritt gebucht werden, obwohl das Anleihekomitee der Bankiers nur die Aufgabe hat, ein Gutachten über die Möglichkeit einer Reparationsanleihe abzugeben. Die Autorität, um nicht zu sagen, die Allmacht des Amerikaners Morgan, berechtigt zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, die durch die Verweigerung der französischen Unterschrift immerhin nicht unerheblichen Endschwierigkeiten doch noch zu beseitigen. Die Presse hat bereits durchblicken lassen, daß der französische Widerstand nicht blind sei und zwischen der Ansicht der französischen Vertreter der Reparationskommission und derjenigen der übrigen Mitglieder keine unüberbrückbare Kluft liege. Frankreich hat durch die offen zutage getretene Isolierung einen schweren Schlag erhalten. Besonders die Tatsache, daß Belgien diesmal die Gefolgschaft verweigerte, hat die französische Öffentlichkeit schwer getroffen.

Frankreichs Gegenforderungen.

Die Anleihekongferenz in Paris wurde auf Antrag Morgans auf drei Monate vertagt, da die französischen Gegenforderungen das Anleiheprojekt zum Scheitern gebracht haben. Die Bankiers hätten, wie der Daily Express berichtet, als wesentlich für eine Anleihe folgende Bedingungen vorgeschlagen: 1. Herabsetzung der deutschen Gesamtrepatriation um die Hälfte. 2. Die Unterzeichner der Anleihe erhalten Vorrangrechte vor allen anderen Gläubigern in bezug auf Zölle oder die anderen verfügbaren deutschen Sicherheiten. 3. Deutschland erhält die Hälfte der Anleihe. 4. Deutschland ist nicht verpflichtet, einen

Teil der Reparationen während der Zeit von drei Jahren zu zahlen; es wird seine eigenen finanziellen Angelegenheiten einschließlich der Steuerfragen selbst kontrollieren. — Frankreich forderte als Preis für seine Zustimmung zu den Vorschlägen der Bankiers: 1. Die Streichung sämtlicher Kriegsschulden, die Frankreich an die Vereinigten Staaten und Großbritannien schuldet und 2. Streichung aller britischen Forderungen auf einen Anteil an den herabgesetzten Reparationen. — Unter diesen Bedingungen, schreibt das Blatt, würde Frankreich einer Herabsetzung der deutschen Entschädigung um die Hälfte, wenn nicht gar einem dreijährigen Moratorium zustimmen. Die Forderung Frankreichs bedeutet unmögliche Opfer auf Seiten Amerikas und Großbritanniens. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ist jeder sentimentalischen Erwägung in Bezug auf die den Vereinigten Staaten geschuldeten Summen entschieden abgeneigt. Soweit Großbritannien in Betracht kommt, ist der Vorschlag, daß es keinen Anteil an den deutschen Reparationen erhalten soll, undenkbar.

Eine tschechische Stimme für den Anschluß von Deutschösterreich an das Reich.

Unter der Ueberschrift „Stimme des Blutes“ behandelt der Prager Ventov die österreichische Frage und kommt zu dem für tschechisch-politisches Denken auffallenden Ergebnis, die einzige Lösung sei Oesterreichs Anschluß an Deutschland. Dies sei auch der einzige Wunsch Deutschösterreichs und mit dieser Tatsache habe man zu rechnen. Dem Anschlusse zuzustimmen, sei für die Tschechoslowakei nur von Vorteil, da dadurch das wirtschaftliche Problem Mitteleuropas vereinfacht werde und politisch der Erfolg nicht geringer wäre. Im Falle eines Konfliktes würde die tschechoslowakische Sache ohnehin eine Angelegenheit Europas werden. Die Südgrenze des neuen Deutschland würde überdies zur Nordgrenze nicht nur Jugoslawiens, sondern auch Italiens werden. — Die Stimme dieses Pragerblattes ist nicht zu unterschätzen, weil es das Blatt des künftigen Ministerpräsidenten Svehla und des Ministers für Landesverteidigung Udrzal ist. Es vertritt auch die Meinung des früheren Prager Gesandten in Wien Zahradnik. Uebrigens hat sich auch Präsident Masaryk vor zwei Jahren in ähnlichem Sinne geäußert.

Der vierte Polenaufstand in Oberschlesien.

Das unglückliche Land Oberschlesien kommt nicht zur Ruhe. Schon längere Zeit finden in verschiedenen Orten Kämpfe zwischen den polnischen Aufständischen, der Bevölkerung und den alliierten Truppen statt. Die Gewalttaten der Polen haben eine Atmosphäre der Unsicherheit geschaffen, die das einst so blühende Land an den Rand des Abgrundes bringt. Wie aus Bentschen gemeldet wird, hat die interalliierte Kommission über Ratibor, Kreis und Stadt, den Belagerungszustand verhängt. Bei den Kämpfen bei Hohenlinde waren auf beiden Seiten ungefähr 300 Mann am Kampfe beteiligt. Wie systematisch übrigens zur Austreibung der Deutschen aus dem Polen zuerkannten Teile Oberschlesiens gehetzt wird, beweist ein Artikel einer polnischen Zeitung, in dem es heißt: Die Ausrottung und Ausweisung der Deutschen mit oder ohne Möbel ist die erste Pflicht sowohl der Regierung als der polnischen Volksgemeinschaft. Ohne uns um unsere Regierung weiter zu bekümmern, die durch eine Reihe von Abmachungen gebunden ist, welche die deutsche Minderheit schützen, müssen wir unsere wackere Bevölkerung an die Pflicht erinnern, die Deutschen in sämtlichen industriellen, landwirtschaftlichen und anderen Zentren auszurotten. Die Zahl der einzelnen Gewaltakte, Zertrümmerungen von deutschen Werten, von Raub- und Mordfällen ist Legion.

Ausgang der ungarischen Wahlen.

Die Wahlen für die ungarische Nationalversammlung haben mit dem Siege der Regierungspartei geendet. Sie erhielt alles zusammen 154 Mandate, die Opposition 79. Bei den Stichwahlen fielen der Regierungspartei 14 Mandate zu, der Opposition 10. Bei den letzteren fielen auch zwei Minister durch, die deshalb ihre Portefeuilles verlierten. Man spricht von der Ernennung des Staatssekretärs Szitowsky zum Handelsminister und der des Bauernführers Szabo Nagyrad zum Ackerbauminister.

Aus Stadt und Land.

Das Königspaar vor der „Schranke“. Bekanntlich weilten König Alexander und Königin

Marie gegenwärtig in dem lieblichen Karorte Belbes in Oberkrain, wo sie in der ehemals Windischgrätz'schen Villa, dem jetzigen Schlosse Subobor, wohnen. Die Ankunft des Königspaares wurde von der slowenischen Bevölkerung auf das glänzendste gefeiert. Auf dem See „Venezianische Nacht“ und auf den Bergen Freudenfeuer. Wir heben im nachfolgenden ein reizendes Vorkommnis hervor. Als sich das Auto des Königs dem Schlosse näherte, befand es sich plötzlich vor der „Schranke“. Einige Bauern aus der Wochein hatten sie aufgerichtet. Das Schrankenaufrichten vor Neuvermählten, die sich durch ein Abjageld auslaufen müssen, ist eine besonders in Krain allgemein geübte Sitte. Zwei Bauern brachten ein Glas Wein und ließen den König und die Königin trinken. Der König war sehr erfreut und sagte: „Ich grüße die slowenischen Bauern, die ich herzlich liebe. Mit Freude bin ich nach der Hochzeit vorerst zu ihnen gekommen!“ Die Königin war über den alten Volksbrauch so gerührt, daß ihr die Tränen in die Augen kamen. Belbes erlebt gegenwärtig schöne Tage.

Deutsche Kritiken über das Zikaquartett.

Es dürfte die zahlreichen Freunde und Schätzer des Zikaquartetts interessieren, wenigstens einige reichsdeutsche Besprechungen kennen zu lernen. Aus der Menge geradezu begeisterter Kritiken greifen wir nur wenige besonders charakteristische heraus. So schreibt z. B. die Münchener-Augsburger Abendzeitung: „Sie bilden ein Quartett von ganz ausgezeichnete künstlerischer Fähigkeit. Da sitzen mal wieder vier geborene Musiker zusammen, die in Tonfähigkeit schweben und in jugendlicher Begeisterung glähen, um die Tonsprache ihrer slawischen Meister klangberedt zu machen. Der Naturstimmungsmeister, wie sie sich in B. Novaks G. Dur-Streichquartett Op. 22, temperamentvoll auslebt, waren die gleichgestimmten Seelen der Spieler überzeugende Färsprecher. Und vollends Smetanas Quartett in G-Moll „Aus meinem Leben“ schufen sie aus dem Born innigsten Verstehens nach, in Leid und Jubel jede Regung empfindend. Die Wiedergabe hätte eine Unwiderstehlichkeit sondergleichen und zündete unter den Zuhörern mit elementarer Gewalt. Daß die urwüchsigste Energie sich auch zu beherrschten wußte, zeigt die feingedönte Ausführung von Mozarts „Jagd Quartett“. Nach all dem braucht wohl kaum versichert zu werden, daß der Erfolg der vier Herren ein durchschlagender war und ihr späteres Wiederkommen allerseits begrüßt werden wird.“ — Das Frankfurter Abendblatt, Würzburg, schreibt: „Der „Böhmen“ scheint in der in jeder Hinsicht noch jungen Quartettvereinigung, welche sich am Freitag dem hiesigen Publikum vorstellte, eine Nachfolgerschaft zu erstehen, die durchaus befähigt erscheint, deren große Tradition fortzusetzen. Schon heute bewundern wir an ihnen die bis in den Kern ihres Wesens greifende echte Musikalität, den Zug ins Große, der jene auszeichnete. Ihr Quartettspiel gemahnt nicht selten an Orchesterklang, so klangreich ist jedes Instrument, so markig und großartig die ganze Auffassung, der Primazeiger und der ganz vorzügliche Bratschist zeichnen sich durch besonders schönen, gesangähnlichen Ton aus.“ — Der Würzburger Generalanzeiger: „Das Zikaquartett ist berufen, die Kunst der Primat in die Welt zu tragen, denn es steht auf einer Stufe der Vollendung — in technischer und geistiger Beziehung —, wie sie auf dem empfindsamsten Gebiete des Quartettspiels selten erreicht wird. Ein Quartettführer, ein vordringlicher Inspirator oder Leiter ist nicht zu erkennen, alle Schönheit quillt aus einem Ursprung, was da singt und klang, ist wie aus einem Guß.“ — In derselben Tonart bewegen sich die Münchener, Nürnberger und Hamburger Blätter. Von Heiligenberg aus, wo den Künstlern von Fürst Fürstenberg ein geradezu bezaubernder Empfang bereitet wurde, begeben sich die Zikas noch nach Donaueschingen Mannheim, Heidelberg, Stuttgart und Karlsruhe, von wo sie wieder nach Heiligenberg zurückkehren, wo hier selbst noch einige Zeit als Gäste des Fürsten Fürstenberg zu verbleiben.

Das Publikum wird, wie der Stadtmagistrat Selje verlautbart, aufmerksam gemacht, daß die Benützung von Badekabinen im Damenbad männlichen Personen verboten ist. Die Aufseherin des Damenbades hat den strengen Auftrag, jede Person männlichen Geschlechtes, die sie um die Erlaubnis zum Gebrauche von Badekabinen im Damenbade ersuchen sollte, zurückzuweisen.

Unterdrückung des deutschen Schulwesens in den Nachfolgestaaten. Die Zeitungskorrespondenz Wien-Express berichtet: Dem auf der diesjährigen Tagung des deutschen Schulvereines erstatteten Berichte über das Schulwesen der deutschen

Minderheiten ist folgendes zu entnehmen: In Rumänien müssen die Deutschen ihre Schulen durchaus aus eigenen Mitteln erhalten. In Jugoslawien ist die Behandlung verschieden, am ungünstigsten in den slowenischen Landesteilen. Deutsche Schulen werden dort nur als Nebenklassen geduldet, Kinder aus Mischheimen gezwungen, slowenische Schulen zu besuchen, auch wenn sie nicht des Slowenischen mächtig sind, der Privatunterricht aber auf das äußerste erschwert. In den ehemals deutschen Teilen Polens entbehren von 250.000 deutschen Kindern 150.000 des deutschen Unterrichts. In der Tschechoslowakei wurden bis zum 1. Oktober 1920 über 20.000 deutsche Kinder gezwungen, tschechische Schulen zu besuchen, mehr als 1600 deutsche Schulklassen gesperrt und 1371 tschechische Schulklassen, meist in rein deutschem Gebiete, errichtet. Im Budget für 1921 wandte der Staat für die tschechischen Hochschulen 45, für die deutschen nur 6-8, für die tschechischen Mittelschulen 15-7, für die deutschen aber nur 0-45 Millionen Tschechoskronen auf. Von Investitionen fielen auf das tschechische Schulwesen 135, auf das deutsche jedoch nur 3 Millionen. Hierzu ist zu bemerken, daß in neuester Zeit sich in der tschechischen Presse eine starke Agitation für die Befestigung der Autonomie der Hochschulen bemerkbar macht, wodurch die deutschen Hochschulen entnationalisiert werden sollen.

Ein deutscher Politiker in Jugoslawien. Der Ljubljanaer Jutro schreibt in seiner Folge vom 10. Juni l. J.: Dieser Tage ist aus Berlin der deutsche demokratische Abgeordnete Heile, ein Freund des bekannten Naumann, der während des Krieges die Idee eines Mitteleuropas so sehr propagierte, nach Beograd gekommen. Heile verfolgt unter anderem die Idee eines internationalen demokratischen Kongresses und hält morgen wegen dieser Angelegenheit eine Konferenz mit den Mitgliedern des jugoslawischen demokratischen Klubs Davidović, Dr. Marinković und Dr. Kufovec ab. Im Einverständnis mit unserer Regierung will der genannte Politiker unseren Staat bereisen, um die Frage der deutschen Minderheiten zu studieren. Dr. Heile erklärte Herrn Dr. Kufovec in einem Gespräch, er wolle die Deutschen in Jugoslawien von jedem Schritte abhalten, der von unserer Seite als unserem Volke unangenehm gedeutet werden könnte. Er betonte ausdrücklich, daß die Großdeutschen heute im deutschen Reich nicht einmal ein halbes Prozent der Bevölkerung für sich haben, ganz Deutschland sei heute so entschieden demokratisch, daß nicht im geringsten an eine Wieder-

kehr der unglücklichen Vorkriegspolitik zu denken sei. Abgeordneter Heile wird sich dieser Tage auch unserem Außenminister Dr. Rilic vorstellen, der ihn ohne Zweifel empfangen wird. — Trotzdem uns Herr Heile zuerst in dieser Beleuchtung entgegentritt, möchten wir den Zweck seiner Reise, so weit es die deutschen Minderheiten hierzulande angeht, noch keiner Kritik unterziehen. Nur das eine können wir schon heute sagen, immer vorausgesetzt natürlich, daß sich die Sache so verhält, wie sie das zitierte Ljubljanaer Blatt darstellt, daß sich unsere Deutschen, so lieb ihnen sonst Besuche aus dem Deutschen Reich sein mögen, sich niemandem verschreiben zu lassen brauchen, der sie von jedem Schritte zurückhält, der von den slawischen oder besser gesagt von den demokratischen Mitbürgern als „unfreundlich“ gedeutet werden könnte. Die Grundsätze der Deutschen in diesem Lande sind allgemein bekannt und haben im Programm der Partei der Deutschen ihren dezidierten Ausdruck gefunden. Vielleicht werden wir Gelegenheit haben, auf den Besuch des Herrn Heile in anderer Form als in der offenbar einseitigen des Ljubljanaer Blattes zurückzukommen. Unsere heutigen Bemerkungen sind ausschließlich auf diesem Ljubljanaer Bericht aufgebaut.

Die Kroaten im Burgenlande stellen für die bevorstehenden Wahlen in den deutschösterreichischen Nationalrat einen eigenen Wahlbewerber in der Person des früheren österreichisch-ungarischen Majors Sipetić, eines geborenen Kroaten, auf. Dazu schreibt ein deutschösterreichisches Blatt: Die Beograder Regierung soll an die deutschösterreichische Regierung die Zumutung gerichtet haben, die Kandidatur des Sipetić zu verbieten, weil sie der Beograder Regierung nicht genehm ist. Ob sich Beograd hierbei etwa auf den Vertrag von St. Germain berufen oder von Wien nur einen Liebesdienst verlangt hat, ist nicht bekannt. Jedenfalls handelt es sich aber, wenn die Geschichte wahr ist, um einen bemerkenswerten, wenn auch vereinzelt Fall von jener Auffassung von Souveränität, die sich von Frankreich her über den Südbalkan verbreitet.

Ein peinlicher Zwischenfall in Beograd. Die Beograder Tribuna macht von einem peinlichen Zwischenfall Mitteilung, der sich in Beograd gelegentlich der Hochzeitsfeierlichkeiten ereignete. Die Offiziere der jugoslawischen Donauflotte gaben am 8. Juni ein Festessen zu Ehren der fremden Marineoffiziere, auf das der rumänische Admiral mit seinen zehn Offizieren nicht kam. Er erklärte, er weile schon drei Tage in Beograd, sei aber mit seinen Offizieren weder zur Hochzeit noch zu den

Wettspielen eingeladen worden. Deshalb könne er sich an einem offiziellen Abendessen nicht beteiligen. — Uebrigens hat der Admiral seinen Offizieren auch jedes Entfernen von den rumänischen Schiffen verboten.

Er ist auf dem Wege. Wie der Kmetijski list berichtet, hat der bekannte Führer der Kretalen vor dem Umsturz Dr. Šušteršič bereits die Bewilligung erhalten, in die Heimat zurückzukehren. Der Slovenski Narod behauptet, daß diese Meldung vollkommen verlässlich sei. Dr. Šušteršič wird vielleicht noch im Laufe dieses Monats, ganz sicher aber im Monate Juli, zurückkehren.

Die tschechoslowakische Kriegsanleihe. Der Prager Venkov berichtet hinsichtlich der Auszahlung der Kriegsanleihe, daß eine Entscheidung noch nicht ausgesprochen wurde, daß aber im Sinne besonderer Verfügungen auf kleine Besitzer und diejenigen, die die vierte Anleihe gezeichnet haben, die auf jeden Fall in Betracht gezogen werden müsse, Rücksicht genommen werden wird. Die Zurückzahlung der gesamten Kriegsanleihe wird 80% betragen. Hinsichtlich der verbliebenen 20% wird man individuell vorgehen.

Sport.

Fußballwettbewerb. Donnerstag (Fronleichnam) wird zum erstenmale in Celje die erste Mannschaft des Sportvereines Šošanj gegen die Reserve der Athletiker spielen. Das Spiel dürfte interessant werden, da Šošanj über einige gute Kräfte verfügt. Es wäre zu wünschen, daß der Besuch bei Wettspielen ein besserer wäre, als dies bei den beiden letzten Spielen der Fall war. Am kommenden Sonntag wird voraussichtlich der Sportklub Rapid-Maribor gegen die erste Mannschaft der Athletiker ein Wettspiel austragen. Der Bericht über das sonntägige Wettspiel gegen den Jagreber Sportklub „Penkala“ folgt in unserer Sonntagsnummer nach.

Sehr wohltuend bei Einreibungen von Rücken, Gliedern u. s. w., als Kosmetikum zur Haut-, Zahn- und Mundpflege wirkt Apotheker Fellers wohlriechendes „Elsafuid“. Es ist weitans stärker und besser als Franzbranntwein und seit 25 Jahren beliebt. 3 Doppelflaschen oder 1 Spezialflasche samt Packung und Postporto um 72 Kr. versendet: Eugen B. Feller, Stubica donja, Elsaplatz Nr. 335, Kroatien. aa

Der Spar- und Vorschussverein

r. G. m. u. H.

in Celje

im eigenen Hause Glavni trg 15

verzinst

Spareinlagen

mit 4%

täglich verfügbar.

Bei ein- bzw. dreimonatlicher Kündigung höhere Verzinsung
Gewährt Bürgschafts- und Hypothekendarlehen sowie Kontokorrentkredite mit entsprechender Sicherstellung unter den günstigsten Bedingungen.

Zwei Verkäuferinnen

der slovenischen u. deutschen Sprache mächtig, werden aufgenommen bei Jos. Teppy, Gemischtwarenhandlung in Vitanje bei Celje.

Für Grauguss geeigneter

Gussbruch

wird in jeder Menge zum besten Tagespreise angekauft.

Železarna Muta, Muta ob Dravi.

Verlässlicher Lasten-Autolenker

von Elektrarna Fala gesucht. Bewerber mit guten Zeugnissen vorzustellen in Maribor, Aleksandrova ulica 14, II.

Mädchen

aus gutem Hause sucht Stelle zu 1 bis 2 kleinen Kindern. Ges. Anträge unter „Postfach 61, Celje.“

Gute Mittags- und Abendkost

zu vergeben. Glavni trg Nr. 10, 1. Stock letzte Tür.

Wein

Offiziere prima Vrsacor Gebirgsweine, Weissweine von 10 bis 11%, je nach Qualität, zum Preise von 11-13 K, Rotweine von 10 bis 11% 10-12 K per Liter, garantiert naturreine Produzentenweine. Besorge den kommissionsweisen Einkauf direkt vom Produzenten. **Karl Thier**, Weinproduzent und Weinkommissionär, Vrsacor (Banat SHS), Wilsonsgasse 4. Telephon 146.

Unter 40 verschiedenen Schreibmaschinen in meinen einstigen Handelsschulen Legat in Maribor und Dr. Fink in Graz hat sich die **Continental-Schreibmaschine** als die beste und praktischste erwiesen.

Ant. Rud. Legat

Erstes Spezial-Geschäft für Schreibmaschinen und Büroartikel, Alleinverkauf der Continental-Schreibmaschine für ganz Slowenien, Eigene Werkstätte für Schreibmaschinenreparaturen aller Systeme

Telephon 100 und 97 Maribor Slovenska ulica Nr. 7

Austro-Daimler

6 Zylinder, Puchwerke, Type XII, Type VIII, zu besichtigen beim Vertreter

August Stoinschegg Rogaška Slatina.

Anständige Beamtin sucht in Ljubljana eine

Wohnung

mit ganzer Verpflegung vom 1. oder 15. Juli an. Werte Anträge unter „Ruhiges Fräulein 27969“ an die Verwaltung der Cillier Zeitung.

Kindersportwagerl

zum Liegen und Sitzen, gut erhalten, mit Gummiräder, ist um 300 Dinar zu verkaufen. Adresse erliegt in der Verwaltung des Blattes. 27971